U.I.O.G.D.

Auf daß in Allem Gott verherrlicht werde!

St. Peters Bote.

Ein Familienblatt zur Erbauung und Belehrung.

ORA ET LABORA

Bete und Arbeite!

22. Jahrgang. No. 27 | Münster, Sask., Donnerstag, den 13. August 1925 | Fortlaufende No. 1119

Welt=Rundschau.

Die Austreibung der Deutschen aus Polen und die Aussichten auf den Frieden Europas.

Die Associated Press meldet am 1. August: „Den ganzen Samstag über brachten Eisenbahn, Lastautomobile, Möbelwagen und Fuhrwerke aller Art nach Schneidemühl an der preußisch-polnischen Grenze Flüchtlinge, aus Polen ausgewiesene Deutsche, die seinerzeit bei der Volksabstimmung über die künftige Staatszugehörigkeit Oberschlesiens für Verbleiben beim Deutschen Reiche gestimmt hatten und dann mit den Landesteilen, die abgetreten werden mußten, unter polnische Herrschaft gekommen waren. Die Frist, bis zu der die Ausgewiesenen „freiwillig" Polen verlassen konnten, ehe sie mit Gewalt abgeschoben werden, war mit Mitternacht am Freitag abgelaufen."

Dann wird das Elend beschrieben, das im Flüchtlingslager zu Schneidemühle herrscht. Es waren dort für die Aufnahme von so vielen Tausenden, die in den wenigen Tagen über die Grenze strömten, nicht genügende Vorbereitungen getroffen worden. Es fehlte vorerst an der Zeit hiefür; dann hatte die deutsche Regierung fast bis zum letzten Augenblicke gezweifelt, ob Polen diese grausame Maßregel wirklich zur Ausführung bringen würde; auch war die Zahl der Ausgewiesenen weit größer als man annahm.

Die Verbannten haben nicht bloß ihre Heimat verloren, — ihre eigene Heimat — sie verloren auch in den meisten Fällen all ihr Hab und Gut, soweit sie dasselbe bei ihrer fluchtartigen Abreise nicht mitschleppen konnten. Denn wer Grundbesitz oder sonstige nicht transportfähige Güter besaß, mußte sie vor seiner Abwanderung veräußern, widrigenfalls er derselben verlustig ging. In der äußerst kurzen Frist, die zum Verkaufe offen stand, wäre es auch in ganz normalen Zeiten kaum möglich gewesen, Käufer zu finden, die einen gerechten Preis zu bezahlen bereit waren. Daß bei der allgemeinen Verwirrung und bei dem Zwangsverkaufe nur Spottpreise erzielt wurden, wenn sich überhaupt Käufer zeigten, liegt auf der Hand.

Am 6. August kündigte der deutsche Außenminister Stresemann an, daß polnische Bewohner des Reiches, die sich seinerzeit in den Volksabstimmungen für Beibehaltung des polnischen Bürgerrechtes entschieden haben, Deutschland binnen 18 Stunden verlassen müssen. Stresemann beklagte sich bitterlich über Polens gewalttätige Haltung und erklärte, Deutschland empfinde über die Vergeltungsmaßnahmen gegen Polen keine Genugtuung, es schäme sich vielmehr, daß es gezwungen sei, durch solche Maßnahmen sich gegen Ungerechtigkeit zu verteidigen.

Nach dem „Vertrage" von Versailles mußte das Schicksal Oberschlesiens, das immer deutsches Land war, aber wegen der reichen Bergwerke und der blühenden Industrie im Laufe der Zeit eine starke polnische Einwanderung angezogen hatte, durch Volksabstimmung oder Plebiszit entschieden werden. Das „Recht der Selbstbestimmung", einer der famosen 14 Punkte Wilson's, sollte darauf Anwendung finden, das Land sollte selbst in freier Wahl entscheiden, ob es künftig zu Deutschland oder zu Polen gehören wollte. Oberschlesien sollte ein Beispiel werden, auf das die Alliierten immer hinweisen könnten, ein Beweis ihrer uneigennützigen Gerechtigkeit.

Die Geschichte seit 1919 zeigt, daß Plebiszite nur dort angeordnet wurden, wo die Alliierten schon im vorhinein wußten oder zu wissen glaubten, daß die Abstimmung „recht", d. h. gegen die Mittelmächte ausfallen würde. Wo darüber Zweifel herrschten, da setzten sie sich der Gefahr der Enttäuschung gar nicht aus, sondern gebrauchten andere Mittel, um die Länder der Besiegten an ihren Grenzen zu beschneiden. Was speziell Oberschlesien betrifft, so waren sie dort ihrer Sache ganz gewiß. Erstens war dort eine bedeutende polnische Bevölkerung, die sich auch bis zur Abstimmung noch auf vielerlei Weise verstärken ließ. Dann lag Deutschland ohnmächtig und hoffnungslos am Boden, und man rechnete damit, daß viele Deutsche ihr Schicksal lieber an den aufsteigenden Stern Polens als an das untergehende Reich knüpfen würden. Außerdem hatten die Alliierten eine mehr als 60jährige Erfahrung in der Anwendung des von der internationalen Freimaurerei erfundenen Plebiszites. Diese Erfahrung hatte stets bewiesen, daß die Abstimmung des Volkes unfehlbar für jene Partei entschied, die mit ihren Soldaten und Bajonetten über die „Freiheit" der Wahl wachten. Und in unserem Falle hielt ja eine interalliierte Armee, deren Hauptbestandteil französisch war, das einstweilen streitige Gebiet von Oberschlesien besetzt. Da konnte es nicht fehlen, eine überwältigende Mehrheit des Volkes mußte sich für Polen entscheiden.

Doch dieses Mal war die ganze Rechnung der Alliierten falsch, das Volk von Oberschlesien entschied sich am Tage der Abstimmung mit großer Mehrheit für seine künftige Zugehörigkeit zum Deutschen Reiche.

Die Bestürzung im Lager der Alliierten ob dieses Ausganges war groß, dauerte aber nur kurze Zeit an. Die Sache wurde an den Völkerbund verwiesen, der bestimmen mußte, ob das Volk von Oberschlesien die richtige Entscheidung getroffen hatte. Und es wurde sehr bald festgestellt, daß die Entscheidung eine ganz falsche war, ihr also nicht nachgegeben werden dürfe. Die Gründe dafür sind zwar nie offiziell publiziert worden, liegen aber auf der Hand.

Außer dem Ruhrgebiet lag der größte Reichtum Deutschlands in Oberschlesien. Sollte Deutschland in seiner aufgezwungenen Ohnmacht gehalten werden, so mußte man ihm dieses Gebiet abnehmen. Die Wegnahme des Ruhrgebietes hatte man natürlich auch damals schon im Auge, behielt sie aber einer späteren Entwicklung vor. Fernerhin war Polen ein armes Land, es bedurfte unbedingt des reichen Gebietes von Oberschlesien, um bestehen und vor allem, um als treuer Bundesgenosse Frankreichs rüsten zu können. Auch mußte Frankreich, dessen Pläne sich mit der Beherrschung Europas, ja mit der Weltherrschaft beschäftigten, jederzeit in der Lage sein, seine Hand auf die Schätze Oberschlesiens zu legen. Für den künftigen Kampf um die Herrschaft, den Frankreich nicht nur voraussieht, sondern vom Tage von Versailles an vorbereitete, war der Besitz Oberschlesiens unbedingt notwendig. In den Händen Polens war es für Frankreich sicher.

Der Völkerbund traf also seine Entscheidung. Oberschlesien wurde geteilt. Der eine Teil, der all die Bodenschätze enthielt, wurde Polen zugesprochen; der andere Teil verblieb bei Deutschland. Durch Annahme dieses „Geschenkes" wurde Polen unzertrennlich mit Frankreich verknüpft; denn praktisch war der Völkerbund nur Frankreich. Zugleich hat es sich Deutschland zum Todfeinde gemacht. So wollte es Frankreich auch haben. Denn jetzt war Polen leicht zu überzeugen, daß es bis zum äußersten gerüstet sein müsse, um sich gegen jede Ueberraschung vonseite Deutschlands zu schützen. Da Polens Finanzen solchen Rüstungen nicht gewachsen waren, kam ihm Frankreich durch Anleihen immer und immer wieder zu Hilfe und knüpfte so das Band noch enger. Polen ist heute dem Namen nach ein selbständiges Land und ein freiwilliger Bundesgenosse Frankreichs, in Wirklichkeit aber ist es eine französische Provinz geworden.

Wie kam aber Polen zum Entschlusse, alle Deutschen, die sich seinerzeit bei der Abstimmung für Deutschland entschieden hatten, durch den Machtspruch des Völkerbundes aber polnische Bürger geworden waren, aus ihrer Heimat zu vertreiben? Eine Antwort auf diese Frage brauchen wir nicht von Polen selbst zu erwarten, und sollte es Gründe hiefür angeben, so braucht man dieselben nicht für bare Münze zu nehmen. Vielleicht aber kann uns die politische Weltlage die Frage mit einiger Wahrscheinlichkeit beantworten.

Gerade jetzt wird Europa mit Verhandlungen über den von Deutschland angebotenen Sicherheitspakt in Spannung gehalten. In diesem Vorschlag will sich Deutschland das Recht vorbehalten, im Laufe der Zeit eine Regulierung seiner östlichen Grenzen durch friedliche Unterhandlungen anzustreben. Man hat in manchen Ländern, besonders in England, diese Forderung für berechtigt angesehen, wenn Deutschland auch von keiner Seite tatkräftige Unterstützung findet. Die Aufregung und Bestürzung hierüber ist in Polen sehr groß, da es sich vor allem um deutsches Gebiet handelt, das gegenwärtig in polnischer Gewalt ist. Erscheint es im Lichte dieser Vorgänge nicht erklärlich, daß Polen zukünftigen Möglichkeiten vorbeugen will? Wenn es ihm gelingt, die strittigen Gebiete gründlich vom Deutschtum zu reinigen, so könnte es später, wenn Deutschlands Forderung einmal praktisch wird, eine neue Volksabstimmung verlangen und diese würde dann sicherlich die Rechtmäßigkeit des polnischen Besitzes bestätigen.

Wer könnte außerdem bezweifeln, daß auch Frankreich hier seine Hand im Spiele hat? Die bisherigen Verhandlungen über den Sicherheitspakt haben bereits zur Genüge gezeigt, daß Frankreich niemals auf Deutschlands Forderung irgendeiner Regulierung der östlichen Grenzen eingehen wird. Wenn es in Frankreichs Macht steht, wird es jeden Pakt abweisen, der nicht jeden Zoll des Deutschland in Versailles oder später abgenommenen Gebietes den gegenwärtigen Inhabern garantiert. Das bezieht sich vor allem auf Oberschlesien, das für Frankreich noch notwendiger ist als für Polen. Gerade jetzt aber steckt Frankreich in so vielen und ernstlichen Schwierigkeiten, daß es sich selbst das Vergnügen einer schroffen Abweisung Deutschlands nicht leisten kann. So zieht es die Verhandlungen in die Länge, um Zeit zu gewinnen, in der Hoffnung, daß die Verhältnisse ihm bald wieder ein strammeres Auftreten ermöglichen werden. Unterdessen aber läßt es seine Geschäfte durch den Bundesgenossen Polen besorgen. Je unnachgiebiger sich Polen zeigt, desto mehr Grund hat dann Frankreich, die jenem Lande geschworene Bundestreue vorzuschützen und Deutschland abzuweisen. Je bitterer diese Feindschaft zwischen Polen und Deutschland wird, desto mehr muß sich Polen an Frankreich halten. Je größer die Gefahr eines Konfliktes zwischen Deutschland und Polen und somit eines europäischen Zwistes wird, desto geneigter werden andere Völker sein, von Deutschland und seinen Forderungen abzurücken. Wenn Deutschland trotz all dem auf seinen Forderungen bestehen bleibt und sich darob die Unterhandlungen zerschlagen, so hat man wieder einen willkommenen Sündenbock. Deutschland hätte dadurch abermals bewiesen, daß es keinen Frieden wolle.

Die Nachricht über die Ausweisung der Deutschen aus Polen und der Polen aus Deutschland zerschlägt wieder ganz und gar jegliche Hoffnung auf Frieden, welche die Friedensfreunde an die Ereignisse der letzten Zeit, z. B. die Räumung des Ruhrgebietes und den Antrag des Sicherheitspaktes, geknüpft haben. Diese neueste Entwicklung ist nicht nur im Interesse des Friedens im allgemeinen und im Interesse Deutschlands im besonderen, sondern vor allem auch im Interesse Polens zu beklagen.

Freunde der Gerechtigkeit hatten seinerzeit die Auferstehung Polens mit aufrichtiger Freude begrüßt und diesem so lange bedrückten Volke einen sicheren Bestand gewünscht. Von diesem Wunsche sind sie auch heute noch beseelt. Leider hat Polen vergessen, daß Frankreich während des Krieges mit dem Rußland des Zaren einen Geheimvertrag eingegangen war, nach welchem Rußland im Falle eines günstigen Ausganges in der Regulierung seiner Grenzen gegen Oesterreich und im östlichen Deutschland freie Hand gehabt hätte.

Dadurch wäre ganz Polen für immer der russischen Knutenherrschaft ausgeliefert gewesen. Das war Frankreichs Freundschaftsbeweis gegen Polen zu einer Zeit, da es desselben nicht bedurfte. Ist seine Freundschaft gegen Polen jetzt größer als damals? Sollte je die Zeit wiederkommen, wo Polen nur als Bürde erscheinen wird, so wird es Frankreich nicht die geringste Mühe kosten, es seinem Schicksale zu überlassen. Unterdessen aber hat sich Polen, hauptsächlich im Dienste Frankreichs, seit alle seine Nachbarn zu Todfeinden gemacht. Es hat sich von den Alliierten und vor allem von Frankreich nach allen Richtungen fremdes Gebiet aufbürden lassen. Wenn man noch in Betracht zieht, daß es sogar mit seinem böhmischen Nachbar, der auch ein gieriges Auge auf einen Teil des jetzigen Polens wirft, in keinem freundschaftlichen Verhältnisse steht, so kann man in Wahrheit sagen, daß Polen nirgends einen Freund besitzt. Früher oder später wird es abermals zur Abrechnung kommen, da die Verhältnisse überall unhaltbar sind, und es besteht große Gefahr, daß Polen dabei erdrückt wird. Im Interesse des Friedens, im Interesse Polens, ja im Interesse ganz Europas wäre es, daß Polen und Deutschland durch freundschaftliche Bande vereinigt wären. Noch ist es hierfür nicht zu spät, aber die neuesten Ereignisse haben die Möglichkeit einer Annäherung abermals weit hinausgeschoben.

Kleinere Nachrichten.

Im balkanischen Pulverfasse wäre es fast wieder zu einer Explosion gekommen. Der neugebackene griechische Premier Pangalos, der erst vor einem Monate durch eine kleine Revolution an die Spitze der Regierung kam, brennt anscheinend vor Verlangen, seinen Namen vor die Welt zu bringen, sollte die Welt darob auch in Flammen aufgehen. Nahe der griechischen Grenze wurde auf bulgarischem Gebiete ein griechischer Grundbesitzer ermordet. Eine Aufforderung an die bulgarische Regierung, die Mörder aufzuspüren und zu bestrafen, wäre in der Ordnung gewesen. Aber Pangalos sandte schnurstracks ein Ultimatum nach Sofia mit dieser Aufforderung und beorderte Truppen an die bulgarische Grenze. Zum Glücke ist der bulgarische Premier Zankoff kein aber-

(Fortsetzung auf Seite 1.)

England und Rußland.

Der Gegner, den der englische Kämpfer zu Boden gebracht hat, ist für ihn kein Gegner mehr. Weshalb ihm also nicht die Hand ausstrecken und vom Sande aufhelfen, anstatt ihn in die Arme der Feinde zu treiben? Denn einen Feind hat ein an hundert Grenzen anstoßendes Reich wie das englische immer. Jahrzehntelang war Deutschland dieser Feind und die Möglichkeit des deutsch-englischen Zusammenstoßes veranlaßte das vorsichtige England, längst vor dem ersten Kanonenschusse, an allen Enden der Welt Minen gegen Deutschland zu legen.

Der neue Feind, gegen den England jetzt seine Vorbeugungs- und Sicherheitsmaßnahmen ergreift, ist Rußland. Der Frontwechsel war weniger schwer, als man es angesichts der Kriegsbrüderschaft vermuten sollte. Einmal stand Rußland auch zur Zeit der Königsmörder dem englischen Herzen niemals so nahe wie seine westlichen Alliierten. Die Staatsform bildete bei aller Freundschaft eine Trennungswand. Außenpolitisch kam hinzu, daß Rußland der Nachbar Indiens war und die bloße Wortverbindung Rußland—Indien ließ einen Mann wie Lord Curzon zeitlebens nicht zur Ruhe kommen. Im Kriege sollte Rußland Englands schwerste Enttäuschung werden. Man hatte zwiel von der russischen Dampfwalze gehört, um nicht die Fäuste zu ballen, als diese ihre Fahrt auf dem Boden der Masurischen Seen beendete. Dann kam Kerenski und die russische Demokratie und mit ihr vielleicht der günstigste Augenblick, da die von Frankreich gezimmerte englisch-russische Freundschaft in ein dauerndes Gebilde umgestaltet werden konnte. Unter den Streichen des Bolschewismus brach diese Gelegenheit zusammen.

Nachdem es anfangs nicht der utopistische Sozialist, sondern der Friedensunterzeichner Lenin war, der den Zorn Englands entfesselte, sollte dies sich ändern, als das siegreiche England die russischen Soldaten nicht mehr brauchte. Jetzt konzentrierte sich Englands Abneigung auf die russischen Heilsverkünder, die aller Erwartung zum Trotz so fest im Sattel blieben und die, wie alle Propheten, nicht nur ihr eigenes Volk, sondern die ganze Welt bekehren wollten. Wieder war es Indien, wo man die Tätigkeit Rußlands zu spüren glaubte, was um so gefährlicher war, als eine mächtige antienglische Welle über das Gangesland ging und die Bolschewiken die unlegsichsten Kombinationen nicht scheuten, wenn hierdurch die alte Ordnung umgestürzt werden konnte. Aehnliche Wahrnehmungen machte man in Aegypten und unter der südafrikanischen Arbeiterschaft, kurz überall, wo ein Unruheherd sich bildete. Wo immer zwei oder drei Unzufriedene zusammentraten, stand Lenin mitten unter ihnen. Moskau wurde die Hauptstadt aller derer, die gegen den Stachel Englands löckten.

Aber nicht nur das ungeheure Erdteile umspannende Weltreich, die kleine englische Insel selbst glaubte sich von den bolschewistischen Umstürzlern bedroht zu sehen. Hier hatten die Agenten der Sowjets ein um so günstigeres Arbeitsfeld, als der Krieg England ein Millionenheer von Arbeitslosen hinterlassen hatte. Diese mußmutigen, sich mit der Arbeitslosenunterstützung mühsam über Wasser haltenden Müßiggänger waren das gegebene Publikum bolschewistischer Aufklärungsschriften und umstürzlerischer Reden. Es kam zu Krawallen und eingeschlagenen Fensterscheiben, so daß bis zum Regierungsantritt MacDonalds die Downingstreet mittels Bretterzäunen „befestigt" werden mußte. Als dann Baldwin stürzte, streckte MacDonald den Bolschewiken die Hand zur Versöhnung aus. Der Versuch mißlang infolge der Anleiheforderungen der Russen und der Weigerung des englischen Volkes, bei dem Rußland hoch in der Kreide stand, seine Sterlinge in das russische Faß zu schütten. Der falsche oder echte Sinowjew-Brief machte MacDonald den Garaus, und die Konservativen zogen mit ungeheurer Majorität wiederum in die Downingstreet ein.

Und jetzt setzte nach dem langen Vorspiel der erste große Akt der neuen englisch-russischen Gegnerschaft ein. Was man zunächst für Wahlpropaganda halten mußte, die Aufpeitschung der öffentlichen Meinung gegen den russischen Kommunismus, stellte Rubrik der großen Londoner Presse werden. Sogar die Rothermere-Blätter ließen die deutsche Walze in einem Winkel spielen, um ihre Vollkraft für den Kampf gegen Rußland aufzusparen. Bis weit in die Kreise der Liberalen hinein sollten diese Streiter Bundesgenossen finden, die jetzt seit Monaten nicht müde werden, in Wort und Schrift gegen die russische Propaganda, die russischen Komplotte in Indien und Aegypten, gegen die Ferienreisen englischer Arbeiter nach Rußland, gegen die russischen Bestechungsrubel und gegen die Mitchatemörder und Feinde des Christentums zu wüten. Wo nur immer eine bolschewistische Flugschrift aufzutreiben ist oder wo ein Kommunist aufrührerische Reden hält, wird dies in größter Aufmachung unter das Publikum gebracht. Die geringsten Bewegungen des Kommunismus werden übersucht, als ob man zu diesem Zwecke ein ganzes Aufsichtsbureau mobilisiert hätte. Harmlose Personen, die aus Neugierde einer radikalen Versammlung beiwohnen, können über sich „daß ihr Name irgendwo auf eine Liste gesetzt wird.

Abbruch der Beziehungen mit Rußland, Ausweisung Rakowskis und seiner Spionagezentrale, Zusammenschluß aller antibolschewistischen Länder zum Kampf gegen Moskau und Tagesforderungen, zu denen neuerdings noch die Aufforderung hinzukommt, auch mit den englischen Kommunisten unnachsichtlich ins Gericht zu gehen. Denn gegen die des Bolschewismus verdächtigen Ausländer stehen schon jetzt die rücksichtslosesten Einreise- und Ausweisungsgesetze zur Verfügung. Die Lage erinnert in mehr als einer Beziehung an die Vorkriegslage, da Lord Northcliffe die Atmosphäre für die kommende Auseinandersetzung mit Deutschland schuf. Was damals die deutsche Ware und die deutsche Flotte war, ist heute die russische Propaganda.

Erd.